



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 15.12.2014

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:15 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Zeidler

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele

Herr Stadtrat Bode

Frau Stadträtin Bopp

Herr Stadtrat Braig

Herr Stadtrat Brenner

Herr Stadtrat Etzinger

Herr Stadtrat Funk

Frau Stadträtin Goeth

Frau Stadträtin Gutermann

Herr Stadtrat Hagel

Frau Stadträtin Handtmann

Herr Stadtrat Heidenreich

Herr Stadtrat Hummler

Frau Stadträtin Jeggle

Herr Stadtrat Keil

Herr Stadtrat Kolesch

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Lemli

Herr Stadtrat Mader

Herr Stadtrat Dr. Metzger

Herr Stadtrat Pfender

Herr Stadtrat Dr. Rahm

Herr Stadtrat Dr. Schmid

Herr Stadtrat Schmogro

Frau Stadträtin Sonntag

Herr Stadtrat Späh

Herr Stadtrat Walter

Herr Stadtrat Weber

Herr Stadtrat Dr. Wilhelm

ab TOP 3

entschuldigt:

Herr Stadtrat Deeng
Frau Stadträtin Etzinger
Herr Stadtrat Heinkle

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	
Herr Buchmann, Kulturamt	TOP 1
Frau Buchwald, Wieland-Stiftung	
Frau Fürgut, Assistentin Oberbürgermeister	
Herr Ortsvorsteher Imhof, Rißegg	
Herr Kopf, Hochbauamt	TOP 1
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	
Herr Bürgermeister Kuhlmann	
Frau Länge, Ordnungsamt	TOP 1
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	bis TOP 3
Herr Mantz, Liegenschaftsamt	
Herr Maucher, Umweltschutz	TOP 1
Herr Merkle, Baubetriebsamt	
Herr Rechmann, Tiefbauamt	
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer	
Frau Schneider, Amt für Bildung, Betreuung und Sport	
Herr Simon, Hauptamt	
Herr Walz, Gebäudemanagement	
Frau Spieler, Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft	TOP 2 bis TOP 3
Frau Werner, Rechnungsprüfungsamt	
Herr Erster Bürgermeister Wersch	

Gäste:

ca. 18 Auszubildende der Stadtverwaltung

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Biberach für das Haushaltsjahr 2015 Änderungen des Entwurfs und endgültige Festsetzung	258/2014
2.	Haushaltsplan des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach für das Haushaltsjahr 2015	255/2014
3.	Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Biberach Wirtschaftsplan 2015	249/2014
4.	Prüfung des Jahresabschlusses 2013 der Christoph Martin Wieland-Stiftung Biberach durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Biberach	257/2014
5.1.	Bekanntgaben - Bekanntgabe eines nichtöffentlich gefassten Beschlusses des Gemeinderats vom 08.12.2014	259/2014
5.2.	Bekanntgaben - Empfang für Weltmeister Markus Deibler	
6.1.	Verschiedenes - Grundstücksgeschäft zum Klinik-Areal	
6.2.	Verschiedenes - Stiftung Kirchenpflege	
6.3.	Verschiedenes - Jahresrückblick des Ersten ehrenamtlichen OB-Stellvertreters	

Die Mitglieder wurden am 03.12.2014 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 10.12.2014 ortsüblich bekannt gegeben.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 258/2014 zur Beschlussfassung vor. Grundlage der Beratung ist ebenfalls der Entwurf des Haushaltsplans 2015, der dieser Niederschrift nicht beigefügt ist. Der Gemeinderat wurde ordnungsgemäß zur Sitzung einberufen.

OB Zeidler äußert sich wie folgt:“ Meine sehr geehrte Damen und Herren, liebe Zuhörer, mit 27 Minuten habe ich bei der Einbringung des Haushalts Ihre Geduld mächtig strapaziert. Deswegen möchte ich mich jetzt bei der Verabschiedung relativ kurz halten. Folgende kurze Bemerkungen seien dann doch erlaubt:

Gerne wird Transparenz gefordert - in den Haushaltsplanberatungen wird in Biberach Transparenz umfassend geboten, alle unsere Beratungen, bis auf den Stellenplan, sind öffentlich, sind aber leider nicht sonderlich gut besucht, obwohl das sehr lohnenswert wäre für den kommunalpolitisch interessierten Kreis unserer Bürgerinnen und Bürger. Die öffentliche Einbringung im größeren Rahmen, mit allen Ortschaftsräten und dem Gemeinderat sowie vielen Zuhörern in Ringschnait, war meiner Meinung nach ein voller Erfolg, den wir auch weiterführen sollten. Ich denke, in den Reihen der Ortsvorsteher wird bereits heute darüber diskutiert, wo diese Veranstaltung 2015 stattfinden darf.

Wenn man nach 2 Jahren schon von „Lieblingssitzungen“ sprechen darf, dann sind das die beiden Sitzungen, in denen der Haushalt beraten wird, in denen Ihre Anträge und Stellungnahmen abgearbeitet werden. Das sind richtig gute Sitzungen, das sind sehr produktive Sitzungen, das sind Sitzungen, in denen sehr pragmatisch gedacht und operiert wird. Ihnen allen einen herzlichen Dank und ein großes Kompliment und auch ein Wunsch: So könnte ich mir künftig unser Miteinander vorstellen.

Ein paar kurze inhaltliche Bemerkungen noch: Wenn eine Rekordrücklage auf ein Rekordvolumen des Haushalts auf Rekordpersonalausgaben und auch noch sich anbahnende Rekordinvestitionen abzeichnen, dann gilt es, mit beiden Beinen weiterhin fest auf dem Boden zu stehen. Mit dem Beschluss, die Personalausgaben bis auf den Bereich „Bildung und Betreuung“ für die nächsten drei Jahre einzufrieren bzw. die Stellenbereiche in diesen Teilen nicht zu erhöhen sowie dem an die Verwaltung gestellten Auftrag bezüglich eines Konzepts zur finanziellen Zukunftssicherung der Stadt haben wir meiner Meinung nach zwei sehr wichtige und auch sehr wertvolle Maßnahmen getroffen, um den sich abzeichnenden „Höhenflug“ der Stadtverwaltung gut geerdet am Boden zu lassen. Auch wird die beauftragte Klausurtagung, die voraussichtlich am 18. April 2015 stattfindet, zur zeitlichen Vertaktung unserer Investitionsprojekte sowie die Schul- und Kindergartenlandschaft, wo sich das Licht langsam im Dunkel findet, wertvolle Akzente setzen, wie wir in diesen Bereichen weiter handeln.

In diesem Haushalt ist von „Entschleunigung“ viel die Rede gewesen. Ich möchte Sie inständig bitten, diesen Kurs mit uns weiter zu gehen. Das System soll ja nicht zur Ruhe kommen, aber es muss endlich einmal Zeit sei, die anliegenden und in der Pipeline befindlichen Aufgaben und auch Ihre Anträge abzarbeiten. Ich weiß, das haben unsere Kontakte in den vergangenen Tagen auch deutlich hinterlegt, dass die Schlagzahl allenthalben sehr hoch, brutal und sowohl für Ehrenamtliche als auch für Hauptamtliche fast schon nicht mehr zu schaffen ist. Lassen Sie uns alle daraus die Lehren ziehen. Was hier inhaltlich zu beraten ist, mit welcher Intensität und Tiefe Sie darin einsteigen, das wird vor allem von Ihnen vorgegeben und diktiert.

Ansonsten darf ich auch in dieser Runde von Herzen Danke sagen. Sie sehen vor sich einen zufriedenen bis glücklichen Menschen, der dankbar die Aufgaben aus diesem Haushalt annimmt, und der zusammen mit seinem Team auch gerne in 2015 das Beste für diese Stadt geben wird.“ (Applaus)

EBM Wersch kommentiert die Veränderungen durch die Vorberatungen unterstützt durch eine Power-Point-Präsentation, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt ist. Dabei betont er das in der Gesamtbetrachtung gigantische Volumen mit dem Volumenrekord von 204.500.000. Euro im Vermögenshaushalt, das so noch nie in Biberach da gewesen sei. Als Begründung für Veränderungen nennt er unter anderem höhere Landeszuschüsse für Investitionen in die Kinderbetreuung und einen höheren Umsatzsteueranteil.

Einige größere Verschiebungen habe es im Vermögenshaushalt gegeben, wobei die größte mit der Sana Klinik zusammen hänge, von der über 5 Mio. Euro für Grundstücksveräußerungen zu erwarten seien sowie 4,4 Mio. Euro für geplante Einkäufe. Eine an die e.wa riss geplante Eigenkapitalzuführung komme so nicht zustande und verringere die Ausgaben. Insgesamt bezeichnet er die Veränderungen angesichts des Volumens als sehr überschaubar. Anhand des Zitats „Du musst nur langsam genug gehen, um immer in der Sonne zu bleiben“ verdeutlicht er, dass er kein Projekt kritisiert und nie vom Sparen gesprochen habe. Vielmehr habe er immer dafür geworben, Projekte auf der Zeitachse zu verschieben.

Es wird applaudiert.

Für die Fraktionen äußert sich als erster StR Abele von der CDU-Fraktion wie folgt:“ Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Dezernenten und liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, sehr geehrte Anwesende, der Haushalt 2015 ist unter Dach und Fach. Vier Wochen liegen seit der ersten Lesung zurück. 4 Wochen, in denen wir uns mit dem Werk, seiner Intention und den Anträgen der Fraktionen befasst haben. Die Öffentlichkeit wurde dabei über die Schwäbische Zeitung und das BIKO informiert und konnte sich zeitnah ein Bild über die Beratungen machen. Auch im zweiten Jahr der öffentlichen Beratungen können wir feststellen, dass diese Vorgehensweise die richtige ist. Die Intention der CDU in den Beratungen war, den Einstieg in eine Auseinandersetzung über die zukünftige Entwicklung der städtischen Finanzen zu finden. Unsere Anträge zur Haushaltsstrukturkommission, zur Zukunftswerkstatt, zur Begrenzung des Stellenwachses in der Stadtverwaltung, zur kennzifferorientierten Steuerung städtischer Einrichtung und zu den Leitgedanken zukünftigen Bauens verfolgten eben genau dieses Ziel.

Dies haben wir im Wesentlichen erreicht, da sowohl Verwaltung als auch der Gemeinderat diese Gedanken aufgenommen haben, auch wenn aus der Haushaltsstrukturkommission letztendlich ein Auftrag an die Verwaltung zur finanziellen Zukunftssicherung wurde. Die Zielrichtung steht und dies hat für uns als CDU Vorrang vor Begrifflichkeiten. Ein Gemeinderat kann eben nicht die Struktur der städtischen Finanzen durchforsten und hieraus Maßnahmen erarbeiten. Dazu fehlen ihm nicht nur die Möglichkeiten, oftmals auch der schlussendliche Wille. Alle Fraktionen betonten die Bedeutung des Vorwortes des Finanzdezernenten zum Haushalt, in welchem er auf die nachlassende finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt hinweist, sollte nicht umgedacht werden. Gleichwohl gab es aber Anträge, neue Stellen über den Ansatz der Verwaltung hinaus zu schaffen oder Ausgaben zu erhöhen, wie zum Beispiel durch eine weitere Bezuschussung des Mensaeßens über das jüngst beschlossene Maß hinaus. Daher ist es gut, dass das Gremium dem Kompromissvorschlag des Oberbürgermeisters gefolgt ist und wir erwarten gespannt die Vorschläge der Verwaltung zur finanziellen Zukunftssicherung, welche im Rahmen einer Klausurtagung dann beraten werden sollen. Hier gilt für die CDU aber, dass sich diese Auseinandersetzung nicht nur auf die zeitliche Neujustierung von Bauvorhaben beschränken kann, sondern auch andere Handlungsfelder im allgemeinen Verwaltungshandeln aufzuzeigen sind. Also liebe Dezernenten der Dezernate 1, 2 und 4: seien Sie in diesem Sinne kreativ.

Auch war es ein wichtiger Schritt, dass sich das Gremium durchgerungen hat, den Stellenzuwachs zu begrenzen. Dies ist ein starkes Signal für ein Umdenken, nicht nur in der Verwaltung, sondern auch im Gemeinderat, der ja gerne zu Ausgabenwünschen neigt, wie gerade festgestellt. Diese Stellenbegrenzung ist ein wirksames Mittel für das in diesen Beratungen oft bemühte Wort der Entschleunigung. Die Umsetzung von neuen Projekten, egal ob im Bau oder in gesellschafts-politischen Handlungsfeldern, egal ob von der Verwaltung oder dem Gemeinderat initiiert, egal ob teuer oder billig - all diesen Wünschen wird nun ein limitierender Faktor gesetzt: die Endlichkeit der personellen Ressource. Eine optimale Umsetzung des Zieles einer finanziellen Nachhaltigkeit wie wir finden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Auch werden wir uns noch intensiver über das Bauen in Biberach austauschen. Die Vielzahl der Projekte wird nach der schwierigen Geburt um das Jugendhaus nun intensiver geprüft und entwickelt. Unsere Leitgedanken zukünftigen Bauens haben wir als CDU ja schon mehrfach thematisiert. Im Grunde geht es uns um eine gute und funktionale Architektur, in der die Kostenkontrolle hohe Priorität hat und allzeit Transparenz für die Gremien, aber auch für den Bürger besteht. Die Neufassung der Aufgaben des Gestaltungsbeirates über die Altstadt hinaus mit dem von uns vorgeschlagenen Ansatz, dass die Verwaltung mit den geplanten Vorhaben in die Gremien kommt, um diese in den Gestaltungsbeirat überweisen zu lassen, ermöglicht uns, diesen gerade genannten und aus Sicht der CDU wesensimmanenten Ansätzen auch tatsächlich zu folgen. Politik und Bürger werden zu einem frühen Stadium eingebunden. Die Kontrolle der Baukosten sehen wir künftig als Chefsache und beim Baubürgermeister verantwortlich angesiedelt. Ganz offen, wir benötigen keine Schweizer Architekten für die Sanierung einer Fassade. Funktionell und wirksam im Wärmeschutz muss sie sein und dabei ansprechend, aber nicht ästhetisch vollendet.

Neben diesen Generalthemen hatten wir eine Anzahl anderer, weniger grundsätzlicher Anträge eingebracht. Wir haben uns hier sehr gefreut, dass unserem Antrag zum Anrufsammeltaxi grundsätzlich gefolgt wurde. Wir sehen nun gute Chancen, dass das Angebot am Wochenende und in den Abendstunden für die Nutzer noch attraktiver wird. In diesem Zusammenhang betonen wir auch die Wichtigkeit eines Park-and-Ride-Parkplatzes am Bahnhof. Wichtig ist für die CDU auch, dass der neu gegründeten Energiegenossenschaft schnell eine Dachfläche zur Verfügung gestellt wird. Nur mit einem konkreten Projekt kann nach unserer Information die Eintragung ins Genossenschaftsregister erfolgen und die gezeichneten Anteile gezogen werden. Es wäre schade, wenn diese gute Idee der nachhaltigen und lokalen Energieerzeugung im Sinne der Energiewende bereits im Anfangsstadium scheitern würde. Wir sind auf die zugesagten Vorschläge der Verwaltung gespannt.

Betonen möchten wir, dass die Schulentwicklung an Fahrt aufnimmt und hier insbesondere an der Lösung der Frage der zukünftigen Unterbringung der Pflug- und Braithschule und dem Schulstandort im Talfeld gearbeitet wird. Daher unser Antrag zu diesem Themenkomplex. Wir haben mitgenommen, dass die Verwaltung an dieser Themenstellung sitzt und zeitnah mit einem Vorschlag aufwartet.

Die CDU sieht über die zuvor genannten Themen folgende Aufgaben im Fokus:

- der Kindergartenbedarfsplan, wie zugesagt, muss kommen und zwar im ersten Quartal.
- der Markenbildungsprozess muss fortgesetzt werden. Hier sind wir schon sehr weit, ein Stoppen wäre der falsche Weg. Es müssen die ersten konkreten Ansätze kommen.
- das Thema wirtschaftliche Entwicklung darf nicht vernachlässigt werden. Mit den Umlandgemeinden muss eng am IGI, dem interkommunalen Gewerbegebiet, gearbeitet werden
- der Bau des Jugendhauses muss eng gemonitort werden. Noch ein Rückschlag und das Projekt wird gefährdet. Dies gilt es zu vermeiden.
- Die Märkte müssen attraktiver und an den Bedürfnissen von Kunden und Anbietern ausgerichtet werden. Es bedarf einer qualitativen Ausweitung hinsichtlich Angebot und Öffnungszeiten

ohne dabei diesen auf dem westlichen Marktplatz auszudehnen und dadurch die Erreichbarkeit mit Bus und Auto unnötig einzuschränken.

- Der Klinikneubau muss positiv begleitet werden und in Zusammenarbeit mit dem Landkreis müssen für Flüchtlinge gute und dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Das politische Jahr 2015 wird durch die anstehende Landtagswahl geprägt sein. Die Fraktionen hier im Rat sind gut beraten, das Gremium nicht für Wahlkampfzwecke zu instrumentalisieren. Resolutionen zu verfassen, wie zum Beispiel die jüngst beantragte zum TTIP, gehören nicht zu unseren Aufgaben und haben demzufolge nichts im Rat verloren. Wir werden als CDU hier genau aufpassen, dass die Themen dort behandelt werden, wo die Zuständigkeiten sitzen. Übrigens, auch ein Beitrag zur Entschleunigung.

Es wird sicher auch zu Segnungen der Landesregierung an die Kommunen kommen. Das zusätzliche Steueraufkommen wird dies erlauben und es bleibt zu befürchten, dass es nur 2016 beim schuldenfreien Jahr im Landeshaushalt bleibt. Diese möglichen Segnungen sollten uns ohne Klärung der Folgekosten grundsätzlich nicht vom Weg der Konsolidierung abbringen. Kämpfen müssen wir als Stadt und Bürger für die Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur. Dies betrifft nicht nur den Aufstieg zur B 30 mit der Chance, die innerstädtischen Verkehre im Sinne der Umweltverträglichkeit neu zu ordnen, wir denken da auch an die Elektrifizierung der Südbahn, die Ortsumfahrung Ringschnait, vor allem aber an die Ertüchtigung der B312 Jordanbad/Winterreute. Die Planung sieht 2015 als Baubeginn vor, wir hören jedoch, dass noch nicht einmal der Grunderwerb getätigt wurde. Herr Oberbürgermeister, da bleibt wohl nichts anderes übrig, als dass sie dem Regierungspräsidenten einen Besuch in dieser Angelegenheit abstatten.

Einen letzten Wunsch haben wir als CDU noch. Die vergangenen Wochen waren intensiv und haben manchen an die Machbarkeitsgrenze geführt. Dies betrifft nicht nur die Vorlagenfülle (wir sind bei Drucksache Nr. 257/2014, dies ist ein absoluter Spitzenwert), sondern auch die inhaltliche Ausgestaltung der Vorlagen. Diese mögen Recht und Verwaltungsanforderungen entsprechen, sind für den Leser aber ab und zu eine wirkliche Herausforderung, wohlwollend formuliert. Und ich spreche jetzt nicht für die Gemeinderäte. Wie wollen wir die Bürgerinnen und Bürger für die Kommunalpolitik begeistern und mitnehmen, wenn wir sie mit Verwaltungsdeutsch abschrecken? Nach unserer Auffassung sollten alle wichtigen und umfangreichen Vorlagen zukünftig eine Zusammenfassung am Anfang haben, wo in der gebotenen Kürze das Wichtigste dargestellt wird, wie dies auch an unseren Schulen gelehrt wird. Ich empfehle hierzu einen Blick in die Prüfberichte des Rechnungsprüfungsamtes. Diese Form der Darstellung steigert Wahrnehmung und Qualität - ohne großen Aufwand wohlgemerkt. Dies ist sozusagen der Weihnachtswunsch der CDU-Fraktion zum Schluss eines ereignisreichen Jahres mit guten und harmonischen Haushaltsplanberatungen.

Wir möchten uns bei allen Beteiligten bedanken und freuen uns nun auf die Weihnachtspause. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“ (Applaus)

Für die SPD-Fraktion äußert sich StRin Kübler wie folgt:“ Heute verabschieden wir einen Haushalt, der geprägt ist aus den ehrgeizigen Entscheidungen und Zielen der letzten Jahre des Gemeinderates. Die Aufgabenfülle und die damit verbundenen hohen finanziellen Mehraufwendungen, die sich vor allem in den gewichtigen Bereichen Bildung und Betreuung widerspiegeln, samt der Vielzahl von anstehenden Hochbauprojekten, wirken sich auf die Entwicklung der mittelfristigen Finanzplanung sichtbar aus. Auch werden unsere eisernen und wichtigen Reserven, die Rücklagen, stetig abgebaut. Diese Tatsache hat ein paar Sorgenfalten bei uns hinterlassen, auch wenn bis dato die jährlich wiederkehrenden etwas düsteren Vorhersagen des Finanzbürgermeisters nie eingetreten sind. Werden die Zeiten rauer? Die SPD-Fraktion schaut zwar mit vorsichtigem Opti-

mismus, aber weiterhin positiv in die Zukunft. Woran machen wir das fest? Biberach ist sehr gut aufgestellt, die Unternehmenskultur ist lobenswert. Zukunftsorientiertes Handeln spiegelt sich am stetig wachsenden Bedarf von Gewerbeflächen wider. Die Beschäftigten in unserem Landkreis sind pflichtbewusst und engagiert. Das ist eine nicht zu unterschätzende Säule für einen anhaltenden Erfolg.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Der Gemeinderat ist sensibilisiert. Fraktionsübergreifende Meinung war, es müssen Maßnahmen zur Gegensteuerung getroffen werden. „Entschleunigung“ und „Haushaltskonsolidierung“ - wie ein roter Faden zogen sich diese beiden Eigenschaften durch die Haushaltsplanberatungen. „Ein schlechter Plan, der keine Änderungen erlaubt“ stellte der römische Moralist Syrus bereits schon 100 Jahre v.Chr. fest. Was wird unter Entschleunigung und Konsolidierung verstanden? In einer Klausur sollen nun die auf der Agenda stehenden Bauprojekte, sei es Schulsanierungen oder Neubauten nochmals nach der Dringlichkeit neu priorisiert und entzerrt werden. Dies deckt sich ganz und gar mit unseren gestellten Anträgen. Und zusätzlich soll eine Strategie für eine finanzielle Zukunftssicherung unserer Stadt von der Verwaltung erarbeitet werden. Es hört sich ein wenig nach dem Maßnahmenkatalog an, der bereits 2005 vorlag und dann mehr oder weniger in der Schublade verschwand. Daher sind wir heute schon sehr gespannt auf die neuen Erkenntnisse, die daraus gewonnen werden.

Was aber der SPD-Fraktion dabei besonders wichtig ist und nicht außer Acht gelassen werden darf, ist folgendes: die Denkrichtung darf nicht nur sein: Wo kann eingespart werden? Sondern der Blick muss in erster Linie auf eine sinnvolle, familienfreundliche Stadtentwicklung und auf die Bedürfnisse von Menschen jeden Alters ausgerichtet werden. Beispiele sind der Hochwasserschutz und der damit verbundene Grundstückserwerb. Er muss intensiviert werden. Wie schnell hier Versäumnisse zu Katastrophen führen können, mussten wir erst vor kurzem schmerzhaft erfahren. Die Sicherung der Arbeitsplätze ist mit der Intention eines Interkommunalen Gewerbegebietes verknüpft. Hier hoffen wir, dass wir 2015 ein Ergebnis vorliegen haben.

Ein weiteres Thema ist die Kennzahlendiskussion, dies gilt es, gut und sachdienlich abzuwägen. Ich möchte es nur an einem Beispiel fest machen: Wir haben kulturelle Einrichtungen wie unser Museum, das einen Kostendeckungsgrad von gerade mal 5,1 Prozent aufweist. Hohe Betriebskosten und Vorhalten von notwendiger teurer Technik sind Indikatoren, die schwer beeinflussbar sind. Doch es ist immer wieder faszinierend, was für eine hervorragende Außenwirkung unser Museum erreicht. Die Vielzahl von Besuchern zu den Ausstellungseröffnungen macht es deutlich. Das bezeichnen wir als „Stadtmarketing per Excellence“. Und solche Beispiele gibt es noch mehrere. Biberach und der Stadtpass: Das ernsthafte Bekenntnis des Gemeinderats, nun endlich auch in Biberach einen Stadtpass für Menschen mit niedrigen Einkommen einzuführen, ist für die SPD-Fraktion ein besonderes Weihnachtsgeschenk. Mit der Verbindung Ehrenamtspass ist auch die Befürchtung, hier womöglich zu stigmatisieren, ausgeräumt.

Unseren Antrag zur derzeitigen unzufriedenen Fahrradabstellsituation beim Ärzte- und Parkhaus Ulmer Tor haben wir insoweit ergänzt, dass geprüft werden soll, ob und wie eine Fläche im vorgesehenen Erweiterungsbereich des Ulmer-Tor-Parkhauses hierfür ausgewiesen kann. Es würde unserer Stadt gut zu Gesicht stehen, auch ein PKW- und Fahrrad-Parkhaus aufweisen zu können. Nicht ganz glücklich sind wir über die Ablehnung unseres Antrages, die Wirtschaftsförderung mit einer eigenständigen Stelle aufzuwerten. Wirtschaftsförderung muss deutlich sicht- und hörbar sein. Was wir aber aus der Diskussion über diese Stelle positiv mitnehmen, sind die Aussagen von Verwaltung und einzelnen Fraktionen, zukünftig im Bereich Wirtschaftsförderung genau hinzuschauen und Überlegungen dahin gehend anzustellen, Wirtschaftsförderung einschließlich Stadtmarketing und Markenbildung ganzheitlich zu betrachten, um daraus die nötigen Schlüsse zu ziehen.

Zu unserem Antrag „Den Zuschusses für das Stadtteilhaus Gaisental anzupassen“ haben wir uns damit einverstanden erklärt, die Beschlussvorlage der Verwaltung abzuwarten, die wir im 1. Quartal 2015 erwarten. Der SPD-Fraktion war es im Vorfeld wichtig, deutlich Position zu beziehen, dass eine starke Gemeinwesenarbeit in diesem Stadtteil weiterhin notwendig ist und entsprechend ausreichend unterstützt werden muss.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch wenn hin und wieder ein unkonventioneller Antrag von uns gestellt wird, so darf die Wirkung nicht unterschätzt werden. Ein Beispiel hat das Thema Recyclinghof gezeigt. Sie konnten letzte Woche der Presse entnehmen, dass sich nun Stadt und Landkreis gemeinsam auf den Weg machen, neue Lösungen zu finden. Und das geht eben nur gemeinsam. Wir loben uns nur ungern selbst, aber das Ergebnis schreiben wir eindeutig unserer Hartnäckigkeit zu.

Ein zweites Beispiel, aber eher eine Herausforderung für unseren Landkreis und für unsere Stadt ist die Flüchtlingssituation. Ich habe es in der 1. Lesung in Ringschnait bereits angesprochen. Die nie endenden Krisen auf unserer Welt bringen weiter steigende Flüchtlingszahlen mit sich. Noch ist die Stimmung in der Bevölkerung gut. Wie schnell sie kippen kann, zeigen die Brandanschläge auf Asylbewerberheime und die Pegida-Bewegung. Auch in dieser Thematik sind Stadt und Landkreis gemeinsam gefordert. Sei es in enger Kooperation was neue menschenwürdige Unterkünfte anbelangt oder als Eigeninitiative, zum Beispiel eine Begegnungsstätte oder ein Begegnungscafe (wie immer es letztendlich genannt wird) als Integrationsprojekt zu unterstützen. Hier liegt zwar kein Antrag von uns vor, doch wir werden die Entwicklung aufmerksam verfolgen.

Sehr verehrte Damen und Herren, die SPD-Fraktion sagt Danke - bewusst zuerst beim gesamten Personal, bei allen Mitarbeitern der Stadt Biberach. Sie haben viel Motivation gezeigt und gehen oft an die Grenzen der Belastbarkeit. Dies ist ein hoher Wert und wir müssen darauf achten, dass die Grenzen mit Blick auf die Gesundheit eingehalten werden. Wir danken insbesondere der Kämmerei und damit Frau Leonhardt für alle mit dem Haushalt verbundene Arbeit. Wir danken der Verwaltungsspitze für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und wünschen Ihnen allen ein frohes Weihnachtsfest und ein friedvolles, glückliches und gesundes Jahr 2015. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“ (Applaus)

StRin Goeth nimmt für die Freien Wähler mit folgenden Worten Stellung: „Die Haushaltsberatungen gehören für die Gemeinderäte zu den anstrengendsten und arbeitsreichsten Zeiten im Jahr. Einnahmen und Ausgaben aus allen Bereichen der Stadtverwaltung kommen auf den Prüfstand, und es werden die Weichen für die Folgejahre gestellt. Dank der hervorragenden Gewerbebetriebe kann die Stadt Biberach seit Jahren aus dem Vollen schöpfen und tut dies auch ausgiebig, indem ein großes Bauvorhaben ans andere gereicht wird. Anders als in der Wirtschaft, wo zum Beispiel eine neue Produktionshalle zu einer Steigerung der Produktion und damit zu höheren Einnahmen führt, erhöhen neue städtische Gebäude zwar die Wohn- und Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger, führen finanziell aber zum Gegenteil, nämlich zu erheblichen Folgekosten. Ob Schulen, Kindergärten oder Turnhallen - jede Flächenmehrung zieht laufende Kosten nach sich, denen keine kostendeckenden Einnahmen gegenüber stehen. Dies führt in den nächsten Jahren dazu, dass der Überschuss des Verwaltungshaushalts immer geringer wird und für weitere Investitionen die Rücklagen kräftig angezapft werden müssen. Sollte die nächste Wirtschaftskrise auch Biberachs Firmen treffen und die Gewerbesteuer einbrechen, ist die Stadt auf genau diese Rücklagen angewiesen. Die meisten Ausgaben können im Notfall nur mit großer zeitlicher Verzögerung reduziert werden. Das Personal muss bezahlt, die Einrichtungen unterhalten werden. Erstmals seit Jahren zeigt sich im Rat eine Mehrheit, die den gefährlichen Trend stoppen will. Der grundsätzliche Wille ist da. Ob die Umsetzung im Einzelfall gelingt, wird sich zeigen. Die Freien Wähler sind auf jeden Fall dabei.

In Anbetracht der geschilderten Lage haben die Freien Wähler auf kostspielige Anträge verzichtet.

Vielmehr standen Vorschläge für Einsparungen im Vordergrund. Die bereits beschlossenen Großprojekte müssen realisiert und der Verwaltung die notwendige Zeit für deren Umsetzung eingeräumt werden. Zur Behebung des drängenden Platz- und Sanierungsbedarfs bei Schulen und Kindergärten sind konstruktive Ideen und die Einbindung der jeweiligen Schul- bzw. Kindergarten-gemeinde notwendig. Am Ende geht es aber nicht nur um Geldmittel, sondern auch um grundsätzliche pädagogische Fragen wie zum Beispiel die Umsetzung des Inklusionsgedankens.

Auch in anderen Bereichen tauchen während der Haushaltsberatungen grundsätzliche Fragen auf. Beispiel: Der Gemeinderat diskutiert über die Kosten des neuen Jugendhauses und stimmt diesen zu in der Erwartung, damit optimale Begegnungsmöglichkeiten für die Jugendlichen geschaffen zu haben. Doch gleichzeitig melden sich ältere Jugendliche und junge Erwachsene zu Wort. Sie sind dem Jugendhaus entwachsen und beklagen ihrerseits fehlende Treff- und Ausgelmöglichkeiten in der Stadt. Heißt das, die Stadt soll weitere teure Gebäude bauen und mit Sozialarbeitern, Hausmeister etc. ausstatten? Die Antwort der Freien Wähler lautet nein. Die Freien Wähler können sich durchaus vorstellen, dass einem Disco-Betreiber ein geeignetes Grundstück angeboten wird. Aber es geht um mehr: Jugendliche versammeln sich an Tankstellen und Supermärkten, wo bequemer Alkoholnachschieb möglich ist. Sie dort zu verjagen, ist keine Lösung. Welche Alternativen können wir anbieten? Wo können sie grillen und chillen, wo können sie sich treffen, ohne mit Anwohnern in Konflikt zu kommen, wo können sie dezentral selbst etwas entwickeln? Es gibt sehr wohl dezentrale Räumlichkeiten ähnlich dem M-Pire, aber die wenigsten wissen davon. Eine Verbesserung des Informationsflusses ist dringend notwendig. Auch die Frage, ob sich die Verlängerung von Sperrzeiten positiv oder negativ auf das Ruhebedürfnis der Bürgerinnen und Bürger auswirkt, bedarf einer gründlichen Analyse. Lösungen liegen keineswegs auf der Hand. Pfliffige Ideen und vorurteilsfreie Gespräche mit den Betroffenen sind notwendig.

Ein anderes Thema: Die vielen Baumaßnahmen in der Stadt lösen nicht nur Kostendebatten, sondern auch Debatten über Qualität und Ästhetik der Gebäude aus. Die modernen Flachdachbauten werden vielfach kritisiert und der Erhalt von älteren Gebäuden gefordert, auch wenn es sich um qualitativ minderwertige handelt. Sind es nur nostalgische Kindheitserinnerungen, die Widerstand gegen Veränderungen auslösen, oder ist die Sorge um die Austauschbarkeit der modernen Städte begründet? Wie können die Anforderungen an Wohnen und Arbeiten im 21. Jahrhundert erfüllt werden, ohne dass der Charakter einer Stadt, insbesondere der Innenstadt, verwässert wird? Der vor einigen Jahren eingerichtete Gestaltungsbeirat kann zu einem wichtigen Mittler zwischen den Fronten werden.

Weit in die Zukunft weisend haben die Freien Wähler das Thema Landesgartenschau in die Diskussion eingebracht. Die Verwaltung hat zugesagt, dieses Thema in die Klausurtagung des Gemeinderats aufzunehmen. Dabei wird es um zwei Fragen gehen:

1. Welchen Gewinn hat die Stadt durch die zu erwartenden Besucherströme und die dadurch erreichte Bekanntheit im gesamten süddeutschen Raum?
2. Was bleibt für die Stadt nach Beendigung der Gartenschau? Welche nachhaltige gestalterische Aufwertung ist möglich? Welche Ziele der Stadtentwicklung könnten über diesen Weg verwirklicht werden?

Die Freien Wähler freuen sich auf die Diskussion über dieses Thema.

Nachdem wir kurz vor dem festlichen Höhepunkt eines jeden Jahres stehen, möchte ich die Gelegenheit nutzen und im Namen der Freien-Wähler-Fraktion allen ein gesegnetes Weihnachtsfest wünschen. Wir bieten auch im neuen Jahr eine faire, konstruktive Zusammenarbeit an.

Die Freien Wähler stimmen dem Haushalt 2015 zu.“ (Applaus)

Für die Grünen bezieht StR Weber Stellung und hält folgende Rede: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Herren Bürgermeister, liebe Ratskollegen und -kolleginnen, wir sind in der Adventszeit. Das Wort Advent kommt vom lateinischen Adventus domini und heißt Ankunft des Herrn.

Es ist eigentlich die Wartezeit, die Vorbereitungszeit auf Weihnachten, eine Zeit, die ruhiger und besinnlicher sein könnte – sollte. Wir freuen uns auf Helligkeit, auf Lichterglanz, auf gutes Essen – doch wir nehmen in unserer Konsumgesellschaft alles schon vorweg und kaum ist Weihnachten vorbei, haben wir alles satt und die Christbäume sind entsorgt, die eigentlich bis Lichtmess stehen könnten. Ja wir leben in einer Konsumgesellschaft und andere Länder sind auf dem Weg dahin. Die Rohstoffe werden immer knapper, die Feinstaubbelastung der Luft wird immer stärker – wie viel CO₂ hält unsere Atmosphäre noch aus? Wie viel halten wir noch aus? Ein Umweltgipfel jagt den anderen – die Ergebnisse sind ernüchternd – und wieder ein enormer CO₂-Ausstoß bis alle beieinander sind und wieder zu Hause! Im Großen geht da wohl nichts - also im Kleinen!? Der Versuch ist es wert – jeder Schritt, der Ressourcen spart, der die Umwelt schont, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Seien wir sensibel. Hinterfragen wir zum Beispiel unsere eigene Mobilität. Ein Stellplatz im neuen Anbau Parkhaus Ulmer Tor kostet 23.000 Euro . Ein einziger - mit diesem Geld könnte man den ÖPNV (und nicht nur das Anrufsammeltaxi) für die Fahrgäste so günstig gestalten, dass der Letzte kapiert, dass Fahren mit dem ÖPNV günstiger ist, als mit dem Verbrennungsmotor Auto. Elektroautos sind pro gefahrenem Kilometer auch viel günstiger und im Kurzstreckenbereich unschlagbar. Für längere Strecken kann man ja dann ein Teilauto benutzen. Und warum sind die Parkgebühren bei uns in Biberach so unglaublich niedrig, obwohl ein Stellplatz neu schon so viel kostet, von den Folgekosten ganz zu schweigen. Alles was wir in diesem Bereich auf den Weg bringen, wird uns bei der Bewertung im EEA-Prozess gut geschrieben.

Auch bei den momentanen TTIP-Verhandlungen müssen wir global denken und lokal handeln, bzw. hier und jetzt unsere Stimme dagegen erheben. Oder anders gesagt: Schauen wir über den Tellerrand, damit wir uns nicht entsetzt fragen müssen, was denn noch alles auf unserem Teller landet. Wenn wir ein Schweineschnitzel essen, das von einem Tier stammt, das bei uns mit gentechnisch verändertem Sojaschrot aus Amerika in sehr enger Gemeinschaft mit vielen Artgenossen heranwächst, geht es keinem gut – uns nicht (ein Drittel aller Kosten im Gesundheitswesen geht auf das Konto ernährungsbedingter Krankheiten), dem Schwein nicht, das in kürzester Zeit unter nicht gerade artgerechten Bedingungen heranwachsen muss, dem Arbeiter im Schlachthof nicht, der Akkord arbeitet, dem Landwirt nicht, der nicht genug verdient, dem Sojafarmer in USA nicht, der dank gentechnisch verändertem Saatgut in Kombination mit den entsprechend Herbiziden im Anbau immer mehr Probleme hat, dem Boden nicht, der zusehends verseucht wird und durch die Bewässerung versalzt. Aber ein paar Monsanto-funktionären geht's finanziell ganz gut. Die sitzen zur Abwechslung auch mal in USA im Landwirtschaftsministerium und treiben TTIP voran – warum wohl? Konsequenter sollten wir zum Beispiel beim Mensaessen beginnen - regionale, vernünftige erzeugte Lebensmittel gehören auf den Teller – wenn's nicht anders geht mit mehr Zuschuss von uns. Damit's allen mit der Zeit besser geht.

Flächenversiegelung betreiben wir in großem Stil. Aber das ist ja kein Problem – es gibt ja Ausgleichsflächen. Absurderweise wird aber dadurch die versiegelte Fläche nicht weniger, sondern eher mehr – wir kaufen uns frei durch Ökopunkte, wir sind ja reich, wir können uns das leisten. Das erinnert mich irgendwie an den früheren Ablasshandel der Kirche: Wenn das Geld im Kasten klingelt, die Seele in den Himmel springt – alles ist gut wir haben ja Ökopunkte. Doch wo kommen denn die vermehrten Hochwasser her? Auch das in Ringschnait! Der Klimawandel macht sich auch bei uns durch mehr Starkregen bemerkbar.

Darum sind wir nach wie vor gegen den B30-Aufstieg. Außerdem ist an der Nordwestumfahrung bisher noch keiner gegen die Wand gefahren – wie von manchen vorausgesagt. Wer Straßen baut erntet Verkehr. Auch das Interkommunale Gewerbegebiet wird viel Fläche schlucken. Müssen wir hier Arbeitsplätze schaffen, die nur durch Zuzug und noch mehr Flächenverbrauch zu besetzen sind? Wäre es nicht sinnvoller, in Regionen mit hoher Arbeitslosenzahl zu investieren? Wir müs-

sen lernen nachhaltiger zu denken und zu handeln. Und hoffentlich müssen wir in 30 oder mehr Jahren nicht wieder bitter erkennen, dass die Gegner doch recht hatten. Vor 30 Jahren hieß es von Atomkraftbefürwortern: „Atomkraftgegner überwintern bei Dunkelheit mit kaltem Hintern.“

Das ist nach dem Abschalten der meisten Atomkraftwerke immer noch nicht eingetreten, stattdessen stehen wir da mit unserem strahlenden Atommüll und wissen nicht wohin damit und wissen nicht, was er uns noch finanziell und gesundheitlich kosten wird. Für alle Biberacher, die die Energiegenossenschaft auf den Weg gebracht haben, ging ein langer Traum in Erfüllung. Wir werden durch den Bau von Solaranlagen, von Windrädern, durch die Nutzung von Erdwärme und anderem in die Energiewende investieren. Doch uns allen ist auch bewusst, dass jede nicht verbrauchte Kilowattstunde erst gar nicht produziert werden muss.

Das Jugendhaus wird gebaut und das ist gut so. Gemeinsam werden wir aber noch die Kostenschraube herunterdrehen.

Eine weiterer Personenkreis, der uns die nächsten Jahre fordern wird, sind die Flüchtlinge, die wieder vermehrt bei uns in Deutschland Heimat suchen. Wir müssen bezahlbaren Wohnraum schaffen, um einen Start in unserer Gesellschaft zu ermöglichen. Der Wohnraum darf aber dann nicht denen fehlen, die ihn bis jetzt auch schon benötigen. Wir sollten die Flüchtlinge fördern, wo es nur geht. Denn diese Menschen sind zum Teil sehr gut ausgebildet – und es ist bei unserem Fachkräftemangel ein Hohn, wenn wir dieses Potential ungenutzt lassen. Tragen wir dazu bei, dass unsere Gesellschaft durch diese Menschen bunter wird und räumen ihnen unnötige Stolpersteine aus dem Weg – sie haben schon genug mitmachen müssen. Das sollten wir auch nicht vergessen.

In Mettenberg werden wir im kommenden Jahr mit dem Bau der neuen Turn- und Festhalle beginnen. In der Bauzeit werden wir improvisieren müssen und die ein oder andere Aktivität oder Veranstaltung wird wohl ausfallen. Doch für eine neue Halle nehmen wir das gerne in Kauf.

Weniger Freude macht uns die Diskussion um den Grundschulstandort. Wenn im nahen Talfeld eine neue Grundschule entsteht, haben wir schon etwas Angst um unsere Schule. Wir sind vom Charakter immer noch ein Dorf und wollen es auch bleiben. Dass die Kinder bis Ende des 4. Schuljahres zusammen vor Ort sind, trägt nicht unwesentlich zur Dorfgemeinschaft bei. Doch im großen Ganzen – uns geht es doch gut. Die Probleme, die wir angehen, sind keineswegs akut existentiell. Auch haben wir eine gewachsene Infrastruktur, die sehr, sehr gut funktioniert. Mir ist das erst vor kurzem bei einer Reise in unsere Partnerstadt Telawi wieder neu bewusst geworden. Neben der Unterstützung der Stadteplanung, liebe Frau Christ, haben wir auch viele landwirtschaftliche Betriebe im Umfeld angeschaut. Es ist nahezu unmöglich diese meist kleinbäuerlichen Höfe als Familie erfolgreich zu betreiben. Es fehlt eigentlich überall – Ausbildung, Vermarktungswege, handwerkliches Geschick in der Verarbeitung, die nieder liegende Infrastruktur vor Ort, und und und. Und trotzdem haben wir eine Gastfreundschaft kennen gelernt, die wohl Ihresgleichen sucht.

Nun wieder zurück zu uns. Die Haushaltsdebatten sind zum größten Teil sachlich verlaufen. Dafür möchte ich mich bei allen herzlich bedanken. Wir werden dem Haushalt 2015 zustimmen. Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.“ (Applaus)

Für die FDP-Fraktion nimmt StR Funk wie folgt Stellung: „Bei der ersten Lesung zum Haushalt 2015 konnte der aufmerksame Zuhörer durchaus unterschiedliche Einschätzungen und Darstellungen bei der Verwaltungsspitze der Stadt Biberach heraushören. Während der Oberbürgermeister davon berichtete, was schon alles abgearbeitet wurde und dass das Jahr 2015 das Jahr der Spatenstiche in Biberach werden würde, mahnte der Finanzbürgermeister an, dass so, mit der derzeitigen Dynamik in Biberach, nicht weitergemacht werden könne. Zum ersten Mal übernahm

Herr Wersch bei seinem Bericht die von der FDP seit Jahren praktizierte „Nettodarstellung“. Er bereinigt hierbei das Haushaltsvolumen von 153.850.000 Euro auf die der Stadt verbleibenden Einnahmen in der Höhe von 71 Mio. Euro. Nach Abzug von 59 Mio. Euro Ausgaben verbleiben als Überschuss des Verwaltungshaushaltes eine Zuführung von 12 Mio. Damit müssen im Vermögenshaushalt die gesamte Substanzerhaltung oder Ersatzbauten sowie die zusätzlichen Wünsche finanziert werden. Da die FDP-Fraktion diese transparente Darstellungsweise nicht zum Patent angemeldet hat, würden wir uns freuen, wenn auch Frau Leonhardt ab dem Haushaltsplan 2016 die Zahlen in ihrem Vorbericht auf diese Weise darstellen würde. Ob es jetzt in der Verwaltungsspitze eine gewisse Uneinigkeit gibt oder nicht, kann dahingestellt bleiben. Für die FDP-Fraktion ist klar, dass die Verwaltung in der Pflicht ist, einen nachhaltigen Haushalt aufzustellen. Wir dürfen nicht auf Kosten der nächsten Generation leben. Biberach muss langfristig planen, rechnen und stringent handeln. Dazu gehören auch deutliche Worte an den Gemeinderat unter dem Jahr, wenn diese geboten erscheinen.

Die Beratungen zum Haushalt 2015 waren geprägt von einem Verwaltungsbashing, wie wir es bisher noch nicht erlebt haben. Daran hat sich die FDP-Fraktion nicht beteiligt. Wären alle Beteiligten rechtzeitig den Vorstellungen der FDP-Fraktion gefolgt, so wäre das Konfliktpotential deutlich geringer gewesen. Die erneut mehr als 100 Anträge und Anfragen der Fraktionen veränderten den Haushaltsentwurf der Verwaltung auch in diesem Jahr nur marginal. Ob bei diesem „Spiel“, wie es im BIKO genannt wurde, die eine oder andere Fraktion gepunktet hat, ist uns egal. Wichtig war es uns über die Personalkosten zu sprechen. Diese liegen bei 40 Prozent der Gesamtausgaben und nicht wie im Haushaltsplan über die Kameralistik vermittelt bei 18 Prozent.

Wichtig war es für die FDP-Fraktion auch, dass keine Haushaltsstrukturkommission beschlossen werden konnte. Die acht Stimmen im Hauptausschuss von CDU und Freien Wählern reichten nicht aus und jetzt ist die Arbeit dort, wo sie auch hingehört – jedenfalls nach unserer Ansicht – bei der Verwaltung. So hat es die FDP im Gemeinderat bei der ersten Lesung gefordert. Bei der ersten Lesung hat die FDP-Fraktion außerdem zehn Anregungen und Wünsche formuliert. Unser Oberbürgermeister hat uns während der Beratungen mehrfach gebeten, diese auf drei zu reduzieren. Diesem Wunsch wollen wir gerne folgen.

Wir formulieren an drei Dezernate je einen Wunsch wie folgt:

Dezernat I, Oberbürgermeister Zeidler: In den Bereichen der Grundschulen und Kindergärten erfolgen die notwendigen Beschlüsse nun aber wirklich im ersten Halbjahr 2015.

Dezernat II, Erster Bürgermeister Wersch: Die Kämmerei übt in Zukunft auch die Funktion eines Controlling aus und übernimmt als erste Aufgabe in dieser Funktion, den Haushaltsplan der Stadt Biberach mit dem Haushaltsplan der Stadt Tuttlingen zu vergleichen.

Dezernat III, Baubürgermeister Kuhlmann: Zusätzlich zur mittelfristigen Finanzplanung erstellt die Verwaltung ein zu erwartendes Sanierungs- und Neubauprogramm für die nächsten zehn Jahre mit groben Kostenschätzungen, die jährlich fortgeschrieben werden.

Auch in diesem Jahr war während der Haushaltsberatungen die Kette e.wa riss-Netze, e.wa riss KG, Stadtwerke und Haushalt der Stadt Biberach nicht zu kontrollieren. Die Kontrolle wird von der FDP-Fraktion im neuen Jahr nachgeholt werden. Die derzeitigen Defizite und Investitionen der Stadtwerke, wie der Anbau des Parkhauses Ulmer Tor, müssen über den Haushalt der Stadt Biberach finanziert werden.

Laut der mittelfristigen Finanzplanung und der heutigen Änderungsliste zum Haushaltsplan 2015 benötigen die Stadtwerke von 2014 bis 2018 inklusive den Gesellschafterdarlehen mehr als 30 Mio. Euro aus dem städtischen Haushalt. Dabei ist über den bisherigen Werteverzehr von Freibad, Hallenbad und den Parkhäusern noch gar nicht gesprochen. Es muss jedem klar sein, dass man hierfür die städtischen Rücklagen verwenden muss. Derzeit liegt der Vorsitz der Aufsichtsräte der Stadtwerke und der e.wa riss KG sowie die Kontrolle durch das Beteiligungsmanagement

im gleichen Dezernat. Dies war früher anders. Hierüber muss gesprochen werden. Für die Zukunft schlägt die FDP-Fraktion vor, den Haushalt der Stadtwerke erst im Januar zu beraten.

Die FDP-Fraktion wird den Beschlussanträgen der Vorlage 258/2014 und damit dem Haushaltsplan 2015 der Stadt Biberach zustimmen. Während der Haushaltsberatungen kam es zu einer Verbesserung der Zuführungsrate um 477.000 Euro. Der Haushalt 2015 ist isoliert betrachtet problemlos. Der Haushaltsplan wird aber die Folgekosten erhöhen und die zukünftigen Möglichkeiten deutlich reduzieren. Bei einigen Abstimmungen unter dem Jahr haben wir deshalb mit Nein gestimmt. Dennoch ist Biberach im Moment finanziell so gut unterwegs, dass Fehlentwicklungen einige Jahre lang auszuhalten wären. Nur: Wir als FDP-Fraktion wollen keine Fehlentwicklungen, wir wollen einen nachhaltigen Haushalt.

In den besten Zeiten sollte man nicht die größten Fehler machen. Wir hoffen darauf, dass sich die Anzahl derjenigen Gemeinderäte, die dies gleich sehen, in den letzten Wochen vermehrt hat. Wenn unser gut moderierender Oberbürgermeister jetzt die Zügel in die Hand nimmt, dann kann Biberach weiterhin stark bleiben. Wir schließen uns dem Dank unserer Vorredner an.“ (Applaus)

StR Heidenreich bemerkt als Vertreter der Linken, er sei sehr positiv überrascht gewesen über die engagierte, überfraktionelle und sachkundige Diskussion des Haushaltsplans. Dies sei sehr gut gewesen. Dennoch wolle er einige Anmerkungen anbringen, obwohl er dem Haushalt zustimmen werde.

Es gebe für alles gute Gründe. So würden die Stellen gleich limitiert, die Investitionen wolle man aber erst später anschauen. Dies erscheine ihm zu radikal, denn Maßnahmen wie der Parkhausneubau und Sanierungen bedeuteten Personalaufwand. Vielleicht könne alternativ statt einer Parkhauserweiterung das Anrufsammeltaxi ausgebaut werden.

Zweite spannende Sache sei das Jugendhaus gewesen. Hier werde von Flexibilität auf allen Seiten gesprochen. Jugend Aktiv sei bereit jugendliche Eigenaktivitäten zu ermöglichen. Er meint, Jugend Aktiv müsse sich als Dienstleister für diese jugendliche Eigeninitiative sehen und nicht als Jugendverwaltung. Auch sehr gut finde er den Stadtpass und die fraktionsübergreifende Einsicht, dass beispielsweise nicht für alle derselbe Preis für Volkshochschulkurse verlangt werden könne. Viele Dozenten könnten sich einige Kurse nicht einmal leisten.

Problematisch blieben Kooperationen. Wenn man mit Konzernen kooperiere und meine, dies sei auf Augenhöhe möglich, sei dies nicht richtig. Er wirft die Frage auf, wie die Stadt wieder die Hoheit über das Wasser erreichen könne. Der Konzern EnBW habe sich schon 2013 unbeweglich gezeigt. Er appelliert, dies 2015 noch einmal anzugehen. Die LINKE denke über eine Bürgerinitiative nach, um gegenüber dem Konzern Druck aufzubauen.

Aufgefallen sei ihm, dass über die Stadt- und Bauentwicklung immer aus einer gewissen Großräumigkeit heraus diskutiert werde. Er gibt zu bedenken, dass darüber kleine Investitionen eventuell vergessen würden. Er nennt als Beispiel, dass jemand ein Gebäude in der Schulstraße kaufen wolle, das aber nur für den Fall eines Abrisses gekauft werden dürfe. Er meint, die Stadt sollte auch Kleininvestoren etwas ermöglichen, auch wenn dies nicht in den großen Plan passe.

Es wird applaudiert.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Haushaltsplan 2015 der Stadt Biberach wird in der Fassung der Änderungen festgestellt.

2. Folgende Haushaltssatzung wird erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1. den Einnahmen und Ausgaben von je		204.504.000 €
davon im Verwaltungshaushalt	154.361.000 €	
im Vermögenshaushalt	50.143.000 €	

2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigungen) von		0 €
---	--	-----

3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von		41.588.000 €
--	--	--------------

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf festgesetzt.		6.000.000 €
--	--	-------------

§ 3

Die Hebesätze werden festgesetzt:

- | | | |
|---|--|----------|
| 1. für die Grundsteuer | | |
| a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | | 300 v.H. |
| b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | | 300 v.H. |
| 2. für die Gewerbesteuer auf der Steuermessbeträge. | | 330 v.H. |

3. Der Stellenplan wird als Bestandteil zum Haushaltsplan (Anlage 1 zum Haushaltsplan 2015) in der Fassung der Änderung - Anlage 4 zu Drucksache 258/2014 - festgestellt.

4. Die Bewirtschaftungs- und Sperrvermerke, wie im Haushaltsplan im Einzelnen dargestellt, werden bestätigt.

5. Das Investitionsprogramm der Finanzplanung 2014 - 2018 - wie in Anlage 2 zu Drucksache 258/2015 dargestellt - wird festgestellt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 255/2014 zur Beschlussfassung vor. Grundlage der Beratung ist ebenfalls der Entwurf des Haushaltsplans des Eigenbetriebs Stadtentwässerung 2015, der dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist. Der Gemeinderat wurde ordnungsgemäß zur Sitzung einberufen.

StR Hagel meint, der Eigenbetrieb habe keine wirtschaftlichen Probleme. Dies sei einfach, wenn die Kosten als Gebühren verrechnet würden, was immer zu einem ausgeglichenem Haushalt führe. Die Gebühren seien konstant geplant und das Regulativ seien die Gebührenüberschussrückstellungen. Die Projekte im Wirtschaftsplan seien bedingt durch Erschließungen erforderlich. Er bezeichnet die Planansätze als schlüssig. Abschließend appelliert er auf die Substanzerhaltung des Abwassernetzes zu achten und dieses regelmäßig zu sanieren, wie dies geplant sei. Er signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion.

StR Dr. Rahm hat einige Fragen, die Herr Rechmann wie folgt beantwortet: Das Regenüberlaufbecken am Flugplatz sei nicht zu groß dimensioniert, da es für weitere Betriebe ausgelegt sei. Daher sei es auch noch nie voll gewesen, da erst ein kleiner Teil des Geländes bebaut sei. Das Versickerungsbecken in der Hochvogelstraße sei für ein 10-jähriges Regenereignis ausgerichtet. Der Überlauf führe in die Hochvogelstraße. Die gesplittete Abwassergebühr ermögliche jedem eine Versickerung, wenn ausreichend Flächen vorhanden seien. Allerdings sei nicht jeder Boden geeignet, weshalb Wasser über Mischwasserkanäle bzw. in Neubaugebieten über Trennsysteme abgeleitet werde. Ob in Biberach wie landesweit ca. 60 Prozent der Hausanschlüsse schadhaft seien, wisse man letztlich nicht. Der Stadt gehöre das Netz bis zum Hauskontrollschacht. Welche Kosten für die Sanierungen anfallen wisse man erst, wenn das Netz untersucht sei. Auf Hausbesitzer kämen aber sicher Kosten zu, wobei die Rechtsgrundlage noch ausstehe. Zum Spülen von Abwasserkanälen lässt er wissen, in flachen Haltungen sei das Spülen erforderlich.

StRin Bopp führt aus, der Haushalt sei gebührenfinanziert und weise keine Besonderheiten auf. Die geplanten Projekte seien erforderlich. Sie erkundigt sich nach den Zinssätzen der Darlehen und dem Abwasserbeitrag der Kliniken.

Frau Leonhardt lässt wissen, beim Eigenbetrieb fielen keine kalkulatorischen Zinsen an. Verrechnet würden nur die tatsächlichen Zinsen. Die Zinssätze habe sie ad hoc nicht parat und müsse diese nachreichen.

EBM Wersch lässt wissen, abwassertechnisch müssten die Grundstücke der Klinik abgerechnet werden. Dies könne aber nicht kostendeckend sein, sondern werde über eine Globalberechnung erfolgen.

StRin Sonntag fragt, ob die für die Kanalerneuerung eingestellten Finanzmittel in der mittelfristigen Finanzplanung ausreichend seien. 2015 sei deutlich Geld eingestellt, in den Folgejahren aber weniger.

Sie bezeichnet einen Schmutzwasserbeitrag von 1,60 Euro als günstig. Sie kenne bayrische Gemeinden, in denen die Abwassergebühr viel teurer sei. Sie signalisiert die Zustimmung der Grünen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Haushaltsplan 2015 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach wird festgestellt.

2. Folgende Haushaltssatzung wird erlassen:

§ 1 Haushaltsplan

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1. im ERGEBNISHAUSHALT mit dem

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	6.142.000 €
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	-6.142.000 €
Veranschlagtes ordentliches Ergebnis	0 €
Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	0 €
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	0 €
Veranschlagtes Sonderergebnis	0 €
Veranschlagtes Gesamtergebnis	0 €

2. im FINANZHAUSHALT mit dem

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	5.032.000 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.631.000 €
Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	1.401.000 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	300.000 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-3.530.000 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	-3.230.000 €
Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	-1.829.000 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	2.940.000 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-1.111.000 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	1.829.000 €
Änderung des Finanzierungsmittelbestands	0 €

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 2.940.000 €.

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf 1.250.000 €.

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf festgesetzt. 2.000.000 €.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 249/2014 zur Beschlussfassung vor. Grundlage der Beratung ist ebenfalls der Entwurf des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft 2015, der dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist. Der Gemeinderat wurde ordnungsgemäß zur Sitzung einberufen.

StR Hagel konstatiert ein gutes Zahlenwerk und gute Planzahlen und ein insgesamt gutes Werk, auch wenn das G+V-Ergebnis 2015 negativ werde. Dies sei angesichts der Sanierungen, die nicht aktivierbar seien, normal. Er spricht die Mietberechnung für die Siebenbürgenstraße 40 an und kann diese nicht nachvollziehen bzw. käme auf eine höhere Miete mit 7,39 Euro pro Quadratmeter.

Er bezeichnet es als richtig und sinnvoll, Uraltbäder zu sanieren, wobei man sich bewusst sein müsse, dass mit Mieterhöhungen von 2,25 Euro bzw. 1,98 Euro zu rechnen sei. Die durchschnittliche Miete sei bisher nicht tief, sondern eher hoch. Daher gelte es abzuwägen, ob man in Zukunft tatsächlich so stark saniere und damit auch etwas höherpreisig werde oder ob man eine etwas andere Politik betreibe. Er nimmt Bezug auf das Vorwort des Wirtschaftsplans, wonach eines der Hauptziele des Eigenbetriebs die Wirtschaftlichkeit und Sicherstellung der Wohnungsversorgung für breite Bevölkerungsschichten sei. Diesen Spagat gelte es politisch zu entscheiden. Er dankt den Verantwortlichen für die gute Arbeit.

Frau Spieler legt die unterschiedliche Beurteilung zwischen Mietrecht und Bilanzrecht bei der Frage von Mieterhöhungen dar. Nach BGB führten nachgeholte Investitionen nicht zu Mieterhöhungen, sondern nur Neuerungen wie energetische Sanierungen. Die Wohnungen in der Hermann-Volz-Straße seien beispielsweise öffentlich gefördert, weshalb in den Mieten ein Instandhaltungsbeitrag enthalten sei. Diese Beträge würden angesammelt und für nachgeholte Instandhaltungen wie die Bädersanierungen verwendet. In der Hermann-Volz-Straße würden zeitgleich auch 40 Jahre alte Leitungen saniert, was nicht auf die Mieten durchschlage. Bei Modernisierungen sei es ähnlich. 11 Prozent entfielen auf reine Modernisierungskosten wie beispielsweise die Erneuerung von Fenstern. Nur dieser Mehrwert sei für eine Mieterhöhung ansetzbar. Der Wert der Mieterhöhung werde nur aus dem hinzugekommenen Betrag errechnet und nicht aus den Gesamtkosten. Zudem könnten die Kosten nicht voll ungelegt werden, da die Miete zumutbar bleiben müsse.

StRin Kübler signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion und meint, der vom Eigenbetrieb eingeschlagene Weg sei richtig. Sie äußert die Hoffnung, dass weitere Gebäude saniert würden, auch energetisch. Die Chancen-Risiken-Betrachtung bestätige, dass die Gründung des Eigenbetriebs die richtige Entscheidung gewesen sei. Sie bezeichnet es als wichtig, Wohnungen für breite Bevölkerungsschichten zur Verfügung zu stellen. Sie spricht die Gebäude Theaterstraße 14 und 16 an und erkundigt sich nach dem Ergebnis der Beratung. Ferner fragt sie, wie der Eigenbetrieb mit der schlechten Presse zu Fassadenwärmedämmung umgehe. Es werde erklärt, dass Fassaden schnell wieder unansehnlich würden und die Brandgefahr steige.

Frau Spieler lässt wissen, die Untersuchung in der Theaterstraße laufe noch. Man sei dem Verband baden-württembergischer Wohnungsunternehmen angeschlossen, in dem das Thema Wärmedämmung auch thematisiert werde. Das weitere Vorgehen sei noch offen.

StRin Kübler bittet zu berichten, wenn die letztendliche Entscheidung getroffen sei. Vor allem die erhöhte Brandgefahr gebe zu bedenken.

StRin Goeth betont die gute Eigenkapitalausstattung und dass Investitionen sehr gut finanziert seien. Mit 4,94 Euro durchschnittlicher Kaltmiete liege man unter dem Durchschnitt des Betrags, der für preisgünstiges Wohnen gefördert werde. Leerstände gebe es daher naturgemäß nicht. Bei steigender Nachfrage müsse man an eine Steigerung des Wohnungsbestandes denken, wobei im Einzelfall zu entscheiden sei, ob es immer Neubauten sein müssten oder auch bestehende Gebäude eingekauft werden könnten, sofern sie zur Verfügung stünden. Die Freien Wähler hielten es für den richtigen Weg, alte, nicht mehr vermietbare Liegenschaften zu veräußern. Sie fragt, ob es sinnvoll sei, Wohnungen aus den 90er Jahren komplett zu sanieren. Sie meint, der energetische Gewinn müsse immer im Auge behalten werden.

Frau Spieler stellt klar, es handle sich um Sanierungen in der mittelfristigen Vorschau, die noch nicht konkret terminiert seien.

StR. Dr. Wilhelm unterstützt das Ziel, preisgünstigen Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten vorzuhalten. Bei einem Bestand von 312 Wohnungen könne man allerdings nicht von einer Wohnungsversorgung für breite Bevölkerungsschichten sprechen, sondern dies entspreche noch nicht einmal drei Prozent. Es bestehe also Nachholbedarf, um der in der Satzung formulierten Aufgabenstellung gerecht zu werden. Er plädiert für eine raschere Steigerung der Quote auch für energetische Sanierungen, wobei die Mieten dennoch sozial verantwortbar steigen sollten.

Dann macht er noch darauf aufmerksam, dass in Drucksache 188/2014 ein Bestand von 412 Wohnungen genannt werde. Er fragt, ob es sich hier um einen Druckfehler handle, da die Zahl von der im Wirtschaftsplan abweiche. Dann bittet er noch in einem der nächsten Berichte die Wohnungen aufzulisten. Er fragt, ob die Quote energetischer Sanierungen rascher gesteigert werden könne.

EBM Wersch hält es für ausgeschlossen, mehr und schneller zu sanieren, da hierfür mehr Geld und Personal erforderlich wäre. Jetzt nehme man sich ein bis zwei Projekte jährlich vor, was er als sinnvoll bezeichnet. Er spreche immer von rund 500 Wohnungen, denn der Eigenbetrieb betreue noch rund 70 gemietete Wohnungen im Gutenbrunnweg sowie rund 70 hospitalische Wohnungen.

StR Funk dankt und signalisiert die Zustimmung der FDP-Fraktion. Man habe nun den 10. Wirtschaftsplan und er habe den Wunsch im nächsten Jahr eine 10-Jahres-Analyse zu erhalten mit der nötigen Zeit zum Studium und einer nichtöffentlichen Vorberatung. Er fragt, ob es vom Ablauf denkbar wäre, den Wirtschaftsplan im Oktober zu erhalten und wann die Umstellung auf die Doppik erfolge.

Auf Hinweis von EBM Wersch, dass der Haushalt bereits doppisch erfolge, schiebt StR Funk den Wunsch nach einer Bewertung der Immobilienbilanz nach.

EBM Wersch erwidert, eine Vorlage des Wirtschaftsplans im Oktober werde geprüft, er könne aber keine wohlwollende Prüfung zusagen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden.

Beschluss:

Aufgrund des § 14 des Gesetzes über Eigenbetriebe der Gemeinden (Eigenbetriebsgesetz - EigGB) in der Fassung vom 4. Mai 2009 (Gesetzblatt 185) wird der vorliegende Wirtschaftsplan 2015 (Anlage 2) wie folgt festgestellt:

1. Erfolgsplan

• Erträge	1.661.000,00 €
• Aufwendungen	1.306.000,00 €
• Jahresgewinn	355.000,00 €

2. Vermögensplan

• Finanzierungsbedarf (Ausgaben)	1.220.000,00 €
• Finanzierungsmittel (Einnahmen)	1.220.000,00 €

3. Kreditaufnahme	600.000,00 €
-------------------	--------------

4. Höchstbetrag der Kassenkredite	250.000,00 €
-----------------------------------	--------------

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 257/2014 zur Beschlussfassung vor.

StR Pfender führt aus, von der mit der Gründung der Gesellschaft verbundenen Absicht, einer Kapitalstockbildung, aus deren Erträgen die Stiftung unabhängig von der Stadt geführt werden könne, sei man meilenweit entfernt. Die Spenden und Zustiftungen lägen weit hinter den Erwartungen zurück, weshalb größte Sparsamkeit erforderlich sei. Er lobt das enorme Engagement von Frau Buchwald und den ehrenamtlichen Mitarbeitern, denen es zu verdanken sei, dass dennoch ein tolles Programm geboten werde. Er dankt hierfür herzlich. Die Vorlage sei beispielhaft klar gegliedert, sehr verständlich, leicht zu lesen und erleichtere die Arbeit enorm.

StR Keil signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion und dankt Frau Buchwald und ihren Mitarbeiterinnen ebenfalls. An der großartigen Wieland-Ausstellung im Jahr 2013 habe sich gezeigt, dass die Arbeit von Frau Buchwald in der Bevölkerung angekommen sei. Er spricht die Bewertung der Kunstwerke an und fragt, ob diese statisch sei oder immer wieder angepasst werde.

StRin Gutermann schickt ihren Ausführungen ebenfalls den Dank an Frau Buchwald voraus, die ihre Arbeit mit viel Herzblut erledige und bei der die Wieland-Stiftung in besten Händen sei. Sie signalisiert die Zustimmung der Freien Wähler.

Gleiches gilt für StR Dr. Schmid und die Grünen. Die einzige Verbesserung der Finanzausstattung sehe man in einem noch größeren Kulturangebot, um über mehr Veranstaltungen Wieland und die Stiftung bekannt zu machen. Die unterschiedliche Auslegung der Satzung gelte es im Folgejahr zu diskutieren.

StR Funk signalisiert die Zustimmung der FDP-Fraktion, die Frau Buchwald ebenfalls danke.

StR Abele stellt klar, es gebe keine unterschiedliche Satzungsauslegung, sondern es habe eine Diskussion im Kuratorium zum Thema stattgefunden, an deren Ende ein eindeutiger Arbeitsauftrag an die Verwaltung erfolgt sei, der eine eindeutige Antwort des Rechnungsprüfungsamts gefolgt sei, weshalb das Thema in der nächsten Sitzung behandelt werde.

StR Funk signalisiert, dass die FDP eine öffentliche Behandlung des gemeinsamen Antrags mit den Grünen im Gemeinderat für erforderlich halte.

OB Zeidler erwidert, der Antrag sei öffentlich bekannt gegeben und die entsprechende Vorlage im Ämterumlauf, wenn das Thema auch in Teilen nicht ganz in der Zuständigkeit des Gemeinderats liege.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss:

- 1. Der Jahresabschluss 2013 für die Christoph Martin Wieland-Stiftung Biberach wird festgestellt.**
- 2. Die Geschäftsführung wird entlastet (§ 16 EigBG).**

TOP 5.1 Bekanntgaben - Bekanntgabe eines nichtöffentlichen Beschlusses des Gemeinderats vom 08.12.2014

259/2014

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 259/2014 zur Information vor.

OB Zeidler verliest den Vorlagentext.

Eine Diskussion findet nicht statt.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

TOP 5.2 Bekanntgaben - Empfang für Weltmeister Markus Deibler

OB Zeidler kündigt an, man wolle den Erfolg von Markus Deibler bei der Schwimm-WM durch einen Empfang würdigen. Die Einladung hierzu sei dem Gemeinderat zugegangen.

TOP 6.1 Verschiedenes - Grundstücksgeschäft zum Klinik-Areal

StR Späh würdigt die Entscheidungen rund um den Klinik-Campus und bezeichnet sie als sehr positiv. Dabei unterstreicht er die gute Zusammenarbeit zwischen Landkreis und Stadtverwaltung im Bemühen, eine zentrumsnahe Klinik zu entwickeln, die ein Gewinn für die Stadt und die Region sein werde.

StR Abele schließt sich diesen Ausführungen an.

TOP 6.2 Verschiedenes - Stiftung Kirchenpflege

StR Keil bringt vor, es habe schon lange keine Sitzung der Stiftung Kirchenpflege mehr gegeben. Er fragt, ob der Gemeinderat Informationen über die Aktivitäten der Stiftung erhalte, die als Ersatz für den aufgelösten Gemeinderat in Stiftungssachen Kirchenpflege agiere.

OB Zeidler erwidert, seines Wissens sei die nächste Sitzung Mitte Januar.

TOP 6.3 Verschiedenes - Jahresrückblick des Ersten ehrenamtlichen OB-Stellvertreters

StR Hagel würdigt in einer launigen Rede das vergangene Jahr. Der OB begrüße Besuchergruppen mit „Biberach boomt a bissle“ und StR Hagel nennt als Vergleich „Remstaler Wein sei a bissle räs“. Mit 257 Vorlagen verzeichne man einen neuen Rekord, „a bissle mehr als a bissle“. Dies sei ein stolzes Arbeitspensum, das in der Erstellung die Verwaltung, in der Verteilung die Geschäftsstelle des Gemeinderats und mit der Bewältigung der Gemeinderat leiste. Er nennt ein weiteres Zitat des Oberbürgermeisters aus der Jahreschronik: „Das Klima im Gemeinderat ist gut. Es gibt mehr Verbindendes als Trennendes.“ Dies sei auch sein Eindruck, auch wenn der Weg dahin manchmal holprig sei. Dann trägt er ein Wieland-Zitat vor: „Von alten Rittern abspannen oder geerbt haben, ist zuweilen von Vorteil, aber nie ein Verdienst.“ Übertragen in die Jetztzeit könne dies bedeuten, von wirtschaftlicher Prosperität zu profitieren sei von Vorteil, aber nie ein Verdienst. Ein Verdienst wäre es, mit diesem wirtschaftlichen Wohlstand sorgfältig umzugehen. Er bezeichnet dies als wesentliche Erkenntnis des vergangenen Jahres und der Haushaltsberatungen. Es sei fraktionsübergreifender Wunsch nachhaltig und sparsam mit dem materiellen Wohlstand umzugehen. Der Weg dorthin werde teilweise unterschiedlich diskutiert.

Die Kommunalwahl habe das Gremium nicht unerheblich verändert. Er dankt den Ausgeschiedenen und meint, die neuen Mitglieder bereicherten mit ihrem Sachverstand die Arbeit.

Sorge bereiteten die Aktivitäten des Oberbürgermeisters. Eigentlich mache er seinen „Job a bissle gut“ und er sehe auch „sau gut“ aus. Auffällig seien seine häufigen Nebenjobs zu unterschiedlichsten Anlässen. Er nennt Kassierer, Morning-Show-Moderator, Grillmeister beim Straßenfest, Radprofi und Rettungsschwimmer im Hallenbad. Er ermuntert den Oberbürgermeister im Amt zu bleiben und seine „stümperhaften Versuche sich auf anderen Gefilden als Ernährer seiner Familie zu versuchen“ zu lassen. Er werde in anderen Gefilden benötigt.

Dann nennt er beispielhaft 18 Punkte aus der Jahreschronik, um zu verdeutlichen, was in Biberach „a bissle boomt“. Die zahlreichen anstehenden Projekte ließen erwarten, dass es so weiter gehe. Als Wort des Jahres nennt er Entschleunigung, als Unwort Baupreisindex.

Er übermittelt den Dank des Gemeinderats an die aktive Bürgerschaft mit ihren ehrenamtlichen Akteuren, an die Wirtschaft mit ihrer enormen Wirtschaftskraft, die Biberach so wohlhabend mache, an Verwaltung und Verwaltungsspitze, die es nicht immer leicht gehabt hätten mit dem Gemeinderat. Gemeinderat und Ortsvorsteher seien auf die professionelle Hilfe der Geschäftsstelle des Gemeinderats und Frau Weber angewiesen, für die er zum Dank Geschenke überreicht. Er wünscht allen Anwesenden frohe und gesegnete Weihnachten und ein gesundes neues Jahr.

Gemeinderat, 15.12.2014, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: OB Zeidler

Stadtrat: Hagel

Stadtrat: Keil

Schriftführerin: Appel

Gesehen: EBM Wersch

Gesehen: BM Kuhlmann